

Das 127 Millionen Franken schwere Luxusproblem

Staatskasse Der Kanton Thurgau hat für einmal ein umgekehrtes Geldproblem: Sehr viel Geld liegt in einem speziellen Topf, aber niemand hat eine Idee, was damit anzufangen ist. Konkret geht es um 127 Millionen Franken aus dem Erlös der Partizipations-scheine vom Börsengang der Thurgauer Kantonalbank (TKB). Um die Diskussion rund um diesen Börsengang nicht mit einem uferlosen Streit über die Gewinnverwendung zu belasten, hatte das Parlament 2013 ein fünfjähriges Moratorium beschlossen. Seither liegt der Millionensegen unantastbar auf der hohen Kante. Im kommenden April läuft die Sperre nun aber aus.

Statt eine zündende Idee zu präsentieren, wie das Geld in die Zukunft des Kantons investiert werden könnte, will der Regierungsrat in die Verlängerung gehen: Das Moratorium soll um weitere fast drei Jahre bis Ende 2021 ausgedehnt werden. Dieser Vorschlag kommt nicht überall gut an. «Sicher nicht», sagt etwa Ueli Fisch zur Verlängerung. Der GLP-Kantonsrat hatte schon 2013 im Grossen Rat gegen die «unnötige Verzögerung» beim Entscheid über die Verwendung der Gelder votiert. Und auch heute sagt er: «Man müsste sich jetzt Gedanken darüber machen, wie man das Geld einsetzen könnte.»

Politisches Kalkül vermutet

Dass auch nach den fünf Jahren keine spruchreife Idee von Seiten der Regierung vorliegt, hält Fisch für politisches Kalkül: «Man wollte nicht über dieses Geld reden, sondern hat in den vergangenen Jahren nur übers Sparen gesprochen.» Regierungsrat Jakob Stark bezeichnet den Vorwurf des politischen Kalküls als abwegig. Vielmehr habe sich die Kapazitätsfrage gestellt: «Wir waren in der Finanzverwaltung, im Departement und in der Regierung intensiv mit den Sparpaketen beschäftigt.» Es könne halt nicht alles gleichzeitig angegangen werden. «Das Geld, das man auf der Seite hat, tut einem ja auch nicht weh.»

Dazu komme, dass grosse Projekte, die in Frage gekommen wären, wie beispielsweise ein neues Historisches Museum, Verspätung hätten. «Wir hatten keine Eile, wollten keinen Schnellschuss und uns die Sache gut überlegen», begründet Stark.

Das Nachdenken über die Verwendung des Millionensegens könnte bald auch parlamentarisch verordnet werden. SVP-Kantonsrat Urs Martin verlangt mit zwei weiteren Kantonsräten einen Bericht. Dieser soll aufzeigen, wie die Mittel so investiert werden könnten, «dass sie dem Kanton einen langfristigen Mehrwert bringen». (ck)

Ausserdem Kleiderkunde für Polizisten

28 junge St.Gallerinnen und St.Galler haben an der Ostschweizer Polizeischule ihre Ausbildung begonnen. Das Fach Rettungsschwimmen gibt es nicht mehr. Dafür müssen sie Burka, Nikab und Tschador unterscheiden können. Weil diese an der Olma die Trachten bedrängen. (lüt)

Stiftung sucht Gesuchsteller

Förderung Die Ostschweizer Stiftung für Volksmusik unterstützt Einzelpersonen und Vereine. Allerdings fehlen ihr Bewerber. Damit ist die Stiftung kein Einzelfall.

Katharina Brenner
katharina.brenner@tagblatt.ch

Eine Abendunterhaltung oder ein Weihnachtskonzert, Musikunterricht oder ein neues Instrument – das fördert die Ostschweizer Stiftung für Volksmusik. So lange sich die Begünstigten um die schweizerische Volksmusik bemühen, aus den Kantonen St.Gallen, Thurgau, Glarus, Zürich, Graubünden, Schaffhausen oder den beiden Appenzell kommen und ihre finanziellen Verhältnisse eng sind. 20 bis 30 Gesuche unterstütze man pro Jahr, sagt Stiftungsratspräsident Guido Rüege aus Tägerwil. «Da ist Luft nach oben.» Wie viel, lässt er offen. Fest steht: Die Ostschweizer Stiftung für Volksmusik hat Geld übrig und zu wenig Gesuchsteller. Sie existiert seit 13 Jahren. Gründerin Yvonne Kayser war gebürtige Ostschweizerin. Sie lebte später im Saarland und verstarb im Jahr 2010. «Volksmusik und ihre Heimat lagen ihr am Herzen», sagt Rüege. Daher die Beschränkung auf die Ostschweiz – auch wenn diese mit acht Kantonen weit gefasst ist. Eine solche Eingrenzung ist typisch für hiesige Stiftungen: die meisten erfüllen ihren Zweck innerhalb der Ostschweiz.

Ziel der Ostschweizer Stiftung für Volksmusik sei keineswegs, Geld anzuhäufen, sagt Rüege. «Wir wollen vor allem den Nachwuchs unterstützen.» Dieser wird zwar weniger. Die Kantone St.Gallen, Thurgau und die beiden Appenzell haben im Sommer 2017 aber zusammen 202 Blasmusikvereine mit insgesamt 6992 Musikanten gezählt. Darunter dürften auch potenzielle Gesuchsteller für die Ostschweizer Stiftung für Volksmusik sein.

Präsident ermutigt Familien und Einzelpersonen

Rüege nennt die grosse Hemmschwelle das Hauptproblem: «Viele trauen sich nicht, darüber zu sprechen, dass ihnen das Geld für den Musikunterricht fehlt.» Das sei ein sensibles Thema. Rüege möchte deshalb betroffene



Die Ostschweizer Stiftung für Volksmusik unterstützt unter anderem den Kauf von Instrumenten. Bild: Getty

Familien und Einzelpersonen ermutigen, sich zu melden. Hans Saxer, in Ausserrhoden für die Stiftungsaufsicht zuständig, stimmt ihm zu. Auf der Internetseite des Kantons seien die Stiftungen aufgelistet, Gesuchsteller könnten mit diesen oder direkt mit ihm Kontakt aufnehmen. «Manche Stiftungen sind in ihren Anliegen recht spezifisch und dann auch noch auf eine Gemeinde beschränkt. Da wird es schwierig, Gesuchsteller zu finden»,

sagt Saxer. Bei älteren Stiftungen komme es vor, dass der Zweck heute nicht mehr relevant sei. In Ausserrhoden sei es jedoch eher selten, dass Stiftungen ihre Gelder nicht spenden könnten. Die Kommunikation unter den Stiftungen und mit der Aufsicht sei gut. Passe ein Gesuch nicht zu einer bestimmten Stiftung, werde eine passende empfohlen.

«Bestimmt gibt es im Kanton St.Gallen noch Stiftungen, die Gelder zu vergeben haben»,

meint Stefan Stumpf, Direktor Ostschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht. Eine Übersicht habe er aber nicht und die Stiftungen seien in dieser Hinsicht keine Rechenschaft schuldig. Bleiben Gelder übrig, sind gemäss Stumpf zwei Gründe denkbar. Erstens: Wenn es der Zweck der Stiftung schwierig macht, Begünstigte zu finden. Zweitens: Wenn der Stiftungsrat Gelder nur sehr zurückhaltend vergibt, um das Stiftungsvermögen anwach-

sen zu lassen. Das wäre «problematisch». Geschehe dies zu lange und ohne triftigen Grund, sei die Gemeinnützigkeit der Stiftung nicht mehr gegeben. Die Steuerverwaltung werde dann überprüfen, ob die Steuerbefreiung noch gerechtfertigt sei.

Schulen und Sozialverbände als Vermittler

In der Ostschweiz ist Ausserrhoden Stiftungshochburg. Der Kanton hat 107 Stiftungen, darunter die finanzstärksten der Region. Die beiden Appenzell haben mehr Stiftungen als der schweizerische Durchschnitt, die Kantone St.Gallen und Thurgau weniger. 890 Stiftungen mit einem Gesamtvermögen von 2032,7 Millionen Franken zählen die vier Kantone insgesamt (Ausgabe vom 23. Mai). Gemäss Schweizer Stiftungsreport liegen hierzulande 100 Milliarden Franken in gemeinnützigen Stiftungen.

Georg von Schnurbein, Mitherausgeber des Stiftungsreports, sagt, der Stiftungsrat müsse aktiv werden, wenn der Zweck einer Stiftung erfüllbar ist, aber Gesuche fehlen. Der Stiftungsrat könne Vermittlerorganisationen wie Schulen, Sozialverbände und Behörden einschalten, an die potenzielle Gesuchsteller eher gelangen. Und er könne sich mit anderen Stiftungen austauschen.

«Unsere Stiftung ist nicht bekannt genug», sagt Guido Rüege und benennt ein weiteres Problem der Ostschweizer Stiftung für Volksmusik. Damit dürfte er recht haben, wie eine Anfrage bei Roland Stillhard zeigt: «Als Präsident Musikkommission St.Galler Blasmusikverband sowie als Musikschulleiter ist mir diese Ostschweizer Stiftung für Volksmusik nicht präsent», sagt er und fügt hinzu: «In unserem Verbandsgebiet sind wir immer wieder mit Eltern konfrontiert, die Mühe haben, ihren Kindern und Jugendlichen das musikalische Bildungsangebot zu finanzieren.» Eigentlich keine schlechte Ausgangslage für die Ostschweizer Stiftung für Volksmusik bei der Suche nach Begünstigten.

FHO wird departemental

Bildung Die Organisation der künftigen Fachschule Ostschweiz nimmt weiter Konturen an: Es sind sechs Departemente geplant.

Die Fachhochschule Ostschweiz kuppert bei der Verwaltung ab: Sie wird künftig ebenfalls in Departementen organisiert sein. Diesen Entscheid hat die designierte Trägerkonferenz gefällt. Dass sie sich für die Organisation in Departementen ausspricht, überrascht nicht: Die Regierungen der Trägerkantone St.Gallen, Thurgau, Glarus, Schwyz und beider Appenzell sowie des Fürstentums Liechtenstein hatten bereits im Frühling dieses Organisationsmodell favorisiert; zuletzt hatte sich in der Septembersession auch das St.Galler Kantonsparlament dafür stark gemacht.

Damit ist nun klar: Die verschiedenen Fachbereiche werden in insgesamt sechs Departementen zusammenfasst. Diese sind:

Technik; Informatik und Elektrotechnik; Architektur, Bau- und Planungswesen; Wirtschaft; Soziale Arbeit und Gesundheit.

Dafür verantwortlich wird je eine Leiterin oder ein Leiter sein – und zwar standortübergreifend. Die Leistungsangebote an den heutigen Hochschulen blieben bestehen, heisst es in der gestrigen Medienmitteilung. Allerdings könnten einzelne Studiengänge neu auch standortübergreifend angeboten werden.

Trägerkonferenz erlaubt schnelle Entscheide

Der Trägerkonferenz gehören die Bildungsdirektoren der jeweiligen Kantone an, und diese delegieren gewisse Kompetenzen an ihre Bildungschefs. «Das ist einfacher, als wenn für jeden Be-

schluss die Regierung jedes Kantons und des Fürstentums angefragt werden muss», hatte der St.Galler Bildungschef Stefan Kölliker im Frühling die Vorzüge der Trägerkonferenz gelobt. Er steht als Regierungsvertreter des Standortkantons St.Gallen dem Gremium vor.

Das neue Konkordat für die FHO wird noch dieses Jahr ausgehandelt, nächstes Jahr soll es von den Kantonen absegnet werden. Bis Ende 2022 muss die Fachhochschule Ostschweiz ihre Strukturen bereinigt haben; dies verlangt der Bund. Sie erfüllt in ihrer heutigen Form die gesetzlichen Anforderungen für die Akkreditierung nicht mehr.

Regula Weik
regula.weik@tagblatt.ch

Thurgauer SVP-Basis hält die Füsse still

Parteipolitik Der Thurgauer Ständerat Roland Eberle fühlt sich wohl bei seiner Basis. Er sass am Donnerstagabend in der hinteren Ecke der Oberwanger Hörnlhalle und verfolgte die Delegiertenversammlung der SVP Thurgau. Seinem Beispiel waren längst nicht alle Politiker der Partei gefolgt. Präsident Ruedi Zbinden musste etwas enttäuscht eine ganze Reihe Leute entschuldigen – unter anderem Mitglieder der Geschäftsleitung und der Grossratsfraktion. Jakob Stark war indes vor Ort und vertrat die Thurgauer Regierung. Er sass vorne in der Mitte des Saals, richtete das Wort aber nie an die gut 120 Anwesenden. Der nächsten Herbst freierwerdende Ständeratssitz von Eberle schien die SVP-Mitglieder am Donnerstagabend nicht übermässig zu interessieren. Obschon sich Peter Spuhler diese Woche aus dem Rennen genommen hat-

te, nahm Zbinden einer möglichen Diskussion etwas den Wind aus den Segeln. Zu Beginn der Veranstaltung sprach er das Thema an: «Wir sind mittendrin. Personalchef Andreas Zuber und ich sind mit mehreren Leuten im Gespräch.» Es sei klar, dass der Sitz der SVP gehöre und die Partei um ihn kämpfen werde.

Definitiv keine Ambitionen auf einen Ständeratssitz hat 2019 Diana Gutjahr. Das teilte die SVP-Nationalrätin, die vor einem Jahr für Hansjörg Walter nachrückte, gestern Abend mit. Sie sei in Bern gut angekommen und habe sich in diverse politische Bereiche vertieft eingearbeitet. «Um die Aufgaben nachhaltig weiterverfolgen zu können, bin ich zum Entschluss gekommen, dass ich zum jetzigen Zeitpunkt für eine Ständeratskandidatur nicht zur Verfügung stehen werde», heisst es in der Mitteilung. (lsf/ck)